

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

München, 6. Febr. Die „Süddeutsche Zeitung“ sagt: In den von dem österreichischen Gesandten in Berlin, gleichzeitig mit den Gesandten Baierns, Württembergs, Sachsens, Hannover's, Hessen-Darmstadt's, Nassaus, Braunschweigs, Oldenburgs, Schwarzburgs, mehrerer thüringischen Herzogtümer und Lichtensteins, vorgestern dem Minister Grafen von Bernstorff in Berlin übergebenen gleichlautenden Noten, welche in äußerst gemäßigter Form abgefaßt und darauf berechnet sind, Preußen eine bestimmende Wendung möglichst zu erleichtern, wird angezeigt, daß die beteiligten Staaten sich bereits geeinigt haben, die Defensiv-Allianz auf alle Gebiete der Bundesglieder auszudehnen, sowie auch umgekehrt in einem Kriegsfalle die Verteidigung mit allen Kräften der beteiligten Staaten zu bewerkstelligen wäre. Alle zu einer entsprechenden Entwicklung der Defensivkraft des großdeutschen Gesamtgebietes notwendigen Vorkehrungen sollen gemeinsam getroffen und soll eine Vereinbarung über den Oberbefehl im Kriege angebahnt werden. Neben diesem weiteren, nur gegen Angriffe von außen gerichteten und auf gemeinschaftliche Verteidigung berechneten Bunde soll der gegenwärtige als Art eines engeren Bundes bestehen bleiben. Der Bundesversammlung soll eine aus den Delegirten der deutschen Ständeversammlungen gebildete Volkskammer als Bundesparlament beigegeben werden, welches einen maßgebenden Einfluß auf die legislativen und administrativen Arbeiten des Bundestages zu nehmen hätte. (S. unsre Wiener Privat-Correspondenz im heutigen Morgenbl. d. 3.)

Wien, 6. Febr. Die „Donauzeitung“ bezeichnet alle Nachrichten über die Wechselbeziehungen zwischen der mexikanischen Frage und dem österreichischen Besitzstande in Italien für Erfindungen.

Paris, 6. Febr. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Konstantinopel ist die türkische Flotte nach dem adriatischen Meere abgegangen.

London, 6. Febr. Vormitt. Aus Veracruz vom 10. v. Mts. hier eingetroffene Berichte melden, daß General Prim eine Revue über die Truppen abgehalten und bei dieser Gelegenheit in einer Anrede gesagt habe, die Expedition sei nicht zu einer Eroberung abgefaßt; auch hoffe er, daß die Mexikaner keinen Widerstand leisten werden.

Dresden, 6. Febr. Nach einer Correspondenz des „Dresdner Journals“ aus Warschau ist das Urtheil des Kriegsgerichts über die verhafteten katholischen Geistlichen erfolgt. Nach demselben sind vier Canonici zur Deportation und einer zu Festungshaft verurtheilt worden.

Kopenhagen, 5. Febr. In der fortgesetzten Verhandlung über die Veränderung des § 37 sprachen sich Lillisch, Ischering, David, Wigen, Hansen gegen den Vortrag, Hall, Monrad, Krüger, Clausen und Krüger für denselben aus. Monrad erklärt, es sei thöricht, daß die Gesamtverfassung, was Holstein betreffe, nicht suspendirt, sondern aufgehoben sei. Man hatte versucht, dieselbe zu suspendiren, da dies aber die drohende Execution nicht abwenden konnte, hatte man sie aufgehoben. Es sei nothwendig, daß die bestehende Verfassung ungehindert und ruhig fortsetze. Die holsteinischen Stände hatten Alles verworfen, und nur ein Ziel ausgestellt: Schleswig-Holstein. Er warnt dagegen im Traumreide zu leben; die Verfassungsverhältnisse legen keinen Schatten eines Hindernisses in den Weg, das Holstein später in die verfassungsmäßige Verbindung wieder aufnehmen werden könnte, wenn die Verhältnisse dies zugeben. Er schloß seine Rede unter starkem Beifall der Zuhörer ab. Der Vortrag wurde mit 45 gegen 2 Stimmen zur dritten Berathung überwiesen, nachdem ein Abänderungsvorschlag Ischering's mit 45 gegen 3 Stimmen verworfen war.

Magas, 5. Febr. In der vergangenen Nacht haben die Bewohner von Koraniz den Fledern Bobowische angegriffen und alles Vieh geraubt. — Matanovich war mit mehreren Montenegrinern bei den Injuranten angekommen. Man erwartete einen baldigen Angriff auf die türkischen Truppen.

Wien, 5. Febr. Nach den neuesten hier eingegangenen Berichten aus Paris beharrt das französische Gouvernement auch nach Empfang der letzten Note des Bundesrathes auf seinem Standpunkte in der Dappenhafte.

Paris, 6. Febr. Der heutige „Moniteur“ sagt, indem er die Auslassungen der Presse über Mexico bespricht, es erlaube für die intervenirenden Mächte die Nothwendigkeit, ihr Werk dadurch zu vervollständigen, daß sie den Wünschen der Mexicaner folgend, eine starke und dauerhafte Macht herstellen, mit welcher Europa solide Beziehungen anknüpfen könne.

In der Legislativen redirt der Bericht Guoin's die Frist für die Conventur der Rente auf 20 Tage.

Petersburg, 6. Febr. Aus dem Budget werden folgende Details mitgeteilt: Die Ausgaben betragen für die Staatsschuld 54, für das kaiserl. Haus 5, für das Kriegsministerium 110, für die Marine 20 1/2, für das Innere 7 1/2, für die Finanzen 27, für Pensionen 13, für das Bauministerium 9, für Subvention der Industrie 8 Mill. S. R. — Die Einnahmen betragen an Kopfsteuer 28, an Grundsteuer 25, an Staatsvermögen 12, an Getränkesteuer 12 1/2, an Zöllen 32, an Posttrögen 7, an Stempelsteuern 6 Mill. S. R.

Preußen.

Berlin, 6. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Dekan und Stadtpfarrer Lorenz Buchdunger zu Kattatt den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Polizeianwalt und gräflich von der Aefburg'schen Rentamtmann Wiegner zu Meisdorf, im mansfelder Gebirgskreise, die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes zweiter Klasse des herzoglich anhaltischen Gesamthaus-Ordens Albrechts des Bären zu ertheilen.

[Patent.] Dem Stadtbaurath Licht in Danzig und dem Baumeister Friedrich Hoffmann in Berlin ist unter dem 3. Februar 1862 ein Patent auf ein Verfahren zur Darstellung künstlicher Sandsteine, so weit dasselbe nach der vorgelegten Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

K. Berlin, 6. Febr. [Vom Landtage.] Die deutsche Fortschrittspartei im Hause der Abgeordneten hat bekanntlich die übrigen liberalen Fractionen eingeladen, der von ihm in der deutschen Frage beabsichtigten Resolution beizutreten. Von Seiten der Fraction Zimmermann und Gen. ist die Zustimmung bereits erklärt, und auch im Uebrigen lassen die schwebenden Verhandlungen einen guten Erfolg hoffen. Jedemfalls wird die betreffende Resolution in der nächsten Sitzung des Hauses eingebracht werden. In dem Personalbestand der liberalen Fraction ist nur die Veränderung vorgegangen, daß der deutschen Fortschrittspartei beigetreten sind die Abgeordneten Servatius, v. Sauten-Larpusch, Schmidt (Radow), und Bellier de Launay, so daß diese Fraction jetzt 83 Mitglieder zählt, und daß der Abgeordnete v. Sauten-Georgensfeld der Fraction Zimmermann beigetreten ist. Darnach stellen sich also die Fractionen folgendermaßen: Fraction Grafenbow einige neunzig, Fraction Bodum-Dolfs 47, Fraction Zimmermann 21 und die deutsche Fortschrittspartei 83 Mitglieder; die liberale Majorität des Hauses beträgt also rund 250. Der von Höppl (Danzig) und Genossen eingebrachte Gesetzentwurf wegen Abänderung der Substitutions-Ordnung liegt jetzt ebenfalls gedruckt vor; derselbe stützt sich wiederum auf die gestern erwähnte Schrift des Obertribunalsrath Meyer; im jetzigen Stadium der Sache wird es genügen, hervorzuheben, daß der Gesetzentwurf das Substitutionsverfahren beschleunigen will durch Vereinfachung der Form und Kürzung der Fristen. Der erste Bericht der Petitions-Commission des Hauses der Abgeordneten

bespricht fast nur rein persönliche oder locale Petitionen, bei denen die Commission durchweg Tagesordnung beantragt.

Der Kaufmann Kanniga hier selbst spricht sich gegen eine fernere amtliche Verwendung Stiebers und Bächle's aus und wünscht eine gleiche Erklärung des Hauses gegen die Staatsregierung; nach Ansicht der Commission darf das Haus nur „in dringenden und bedeutsamen Fällen“ die Staatsregierung auf „Mißgriffe in der Verwaltung“ aufmerksam machen; die angeführten Thatsachen entbehren zudem jedes Beweises, und so beantragt die Commission auch hier Tagesordnung. Eine andere Petition wünscht die Befürwortung des Hauses wegen eines bisher noch nicht erfolgten Bescheides des Ministers des Innern auf eine Beschwerde des Petenten in Sachen der aufgelösten Sterbefälle der hiesigen Schutzmannschaft; der Inhalt der Beschwerde an den Minister ist nicht näher angegeben; es läßt sich daher nicht beurtheilen, ob eine Beantwortung nothig war resp. rechtlich gefordert werden konnte; die Commission beantragt Tagesordnung. Im Uebrigen ist aus dem Bericht zu ersehen, daß eine gewisse Zahl von Petenten bereits ständig wird.

Die gestern eingebrachten Gesetzentwürfe der Regierung einerseits und von Mitgliedern des Hauses andererseits haben das Material der Commission in einem weit höheren Maße gesteigert, als früher im ersten Monate der Session jemals der Fall gewesen ist; außer den neun ständigen Commissionen sind bereits drei Specialcommissionen (die hessische, die Oberrechnungskammer-Commission und die wegen der ländlichen Polizeiverwaltung und des Schulgesetzes) gebildet; morgen kommen vier andere hinzu — für den Antrag Reichensperger wegen Zulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Verfügungen, wegen der Hypotheken- und Substitutionsordnung, wegen Aufhebung der Wuchergesetze, und die sogenannte Militärcommission; da die hessische Commission in nächster Woche durch eine deutsche Commission ersetzt werden wird, so bleiben also im Ganzen sechzehn Commissionen bestehen.

Der Abg. v. Jordan bed wird demnächst eine Reihe von Anträgen auf Abänderung der Geschäftsordnung des Hauses einbringen, danach soll über Adrehtentwürfe und die Hauptpunkte von Gesetzentwürfen eine Verhandlung des Plenums auch ohne vorgängige Berathung durch eine Commission ermöglicht werden; ferner soll das Sprechen vom Platz freigestellt werden, und endlich die Amtsbezüge des Präsidenten auch auf die Zeit sich erstrecken, wo das Haus nicht versammelt ist.

Swinemünde, 2. Febr. Die Einwohner unserer Stadt sind durch mehrere Vorfälle, welche am gestrigen und vorgestrigen Tage von einem Hauptmann der hiesigen Garnison veranlaßt worden sind, in die größte Aufregung versetzt. Der Thatbestand derselben ist nach der „N. St.-Z.“ Folgender: Als der betreffende Hauptmann am Freitag mit seiner Compagnie von einem Uebungsmarche zurückkehrte, ließ er diese vor der Kirche auf dem Bürgersteige der belebtesten Straße der Stadt aufmarschiren, während er auf der Straße selbst zu Pferde hielt. Der Compagnie gegenüber auf der andern Seite der Straße, befanden sich außer mehreren Knaben auch erwachsene Personen, welche ihr Weg zufällig vorbeiführte, unter ihnen der Sohn des Gastwirths B. Letzterer war ganz in der Nähe der Häuser mit andern jungen Leuten in einem Gespräche begriffen. Da wendet sich der Hauptmann an das Publikum, mit den Worten: Die Jungen sollen sich wegheeren, die Großen auch! Als Herr B. hierüber verwundert seinen Freund fragt, wer mit der Aufregung wohl gemeint sei, reißt der Hauptmann auf ihn zu und verlangt die Nennung seines Namens. Auf die Angabe desselben erfolgt die Erwiderung: Halten Sie's Maul! und der Befehl an einige Soldaten, den jungen Mann zu arreiren. Der Befehl wird ausgeführt und der Arrestant auf das Polizeibureau gebracht, wo man ihn sofort wieder entläßt. Während am folgenden Morgen dieselbe Compagnie an derselben Stelle zum Abmarsch bereit steht, geht ein hiesiger Einwohner bei derselben harmlos vorbei. Er wird in ähnlicher Weise wie am vorigen Tage Herr B. vom Hauptmann angefahren. Auf seine Entgegnung, es sei ihm nicht bekannt, daß der von ihm eingeschlagene Weg jetzt verboten sei, erfolgt wieder der Befehl zu seiner Arreirung. Da der Mann derselben sich aber dadurch zu entziehen sucht, daß er in ein benachbartes Haus tritt, bringen die abgeschickten Soldaten in dasselbe ein und zerrn ihn mit Gewalt aus demselben heraus auf die Straße, wobei ihm nicht allein die Kleider zerrissen wurden, sondern ihm auch verschiedene Stöße verabreicht sein sollen. Als darauf die Compagnie abmarschirt, führt der Hauptmann dieselbe von der Straße herunter auf den Bürgersteig, wo sie auch reitet, so daß die Bürger vor den Häusern zurückgedrängt werden. Zur richtigen Beurtheilung des Vorgefallenen fügt die „N. St.-Z.“ hinzu, daß der hiesigen Befugung von der städtischen Behörde schon vor zwei Jahren die ausdrückliche Erklärung abgegeben worden ist, daß weder die Straßen, noch gewisse Plätze, unter denen auch der Platz vor der Kirche benannt wurde, zu militärischen Zwecken benutzt werden dürften, sondern dem ungehinderten Verkehr des Publikums überlassen werden müßten. Die städtische Behörde hat die beteiligten Personen vernommen behufs einer höheren Orts anzubringenden Beschwerde.

Berlin, 6. Febr. [Die Erklärung des Grafen Bernstorff.] Die „Stern-Ztg.“ ist in der Lage, die Erklärung, welche der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Bernstorff, in der Commissionssitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Februar in Betreff der kurfürstlichen Frage abgegeben hat, unsern Lesern nach ihrem Wortlaut mitzutheilen. Der Herr Minister äußerte Folgendes:

„Ich habe nur eine kurze Erklärung abzugeben: Die Regierung hält an dem Standpunkt fest, welcher durch die Erklärungen des Frhrn. v. Schleinitz im April 1860 bei Gelegenheit des Antrages des Frhrn. v. Vincke und im Februar 1861 bei Gelegenheit der Adreßdebatte genau bezeichnet worden ist.

Dieser Standpunkt beruht auf der Ueberzeugung, daß durch die Mitwirkung des Bundes zur Abschaffung der bestehenden und zur Einführung einer neuen Verfassung in den Beschlüssen vom 27. März 1852 und 24. März 1860 die Competenz des Bundes überschritten worden ist. Die preuß. Regierung hat sich daher gegen den ihrer Ansicht nach unberechtigten Bundesbeschluß ausdrücklich verwahrt und der damalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat auch in der Kammer erklärt, daß Preußen eine auf diesen oder einen ähnlichen Beschluß gegründete materielle Aktion des Bundes nicht zu dulden im Stande sein würde. Ich kann dies nur wiederholen.

Für Preußen liegt der Schwerpunkt der Angelegenheit, wie damals ausgesprochen, in dieser Beziehung zum Bundesrecht. Aber auch dem besondern Interesse des Nachbarlandes widmet die preussische Regierung die aufrichtigste Theilnahme. Aus der Ueberzeugung, daß die Verfassung von 1831 nicht auf rechtsgültige Weise aufgehoben ist, also noch zu Recht besteht, folgt, daß dieselbe, natürlich erst nach Ausschcheidung der bundeswidrigen Bestandtheile, auch wieder in Wirksamkeit gesetzt werden muß. Die Regierung erkennt es daher auch als ihre Aufgabe an, hierauf mit allen ihr zu Gebote stehenden geeigneten und zulässigen Mitteln hinzuwirken. Welche Mittel aber als geeignet und zulässig zu bezeichnen sind, und auf welchem Wege sie glaubt das eben bezeichnete Ziel erreichen zu können, das muß sie ihrer eigenen Beurtheilung vorbehalten, und sie kann diese Mittel und Wege, so wie die verschiedenen möglichen Eventualitäten um so weniger jetzt discutiren, als durch den badischen Antrag die ganze Angelegenheit wieder zu einer am Bundestage schwebenden Frage geworden ist. Ich bitte Sie, meine Herren, das Vertrauen zu hegen, daß die Regierung unter allen Umständen das Recht und das Interesse des preussischen Staats im Auge behalten wird. Sie hat auch der kurfürstlichen Regierung nicht verhehlt, daß Umstände eintreten könnten, wo durch die Gefährdung des letzteren die Frage

für Preußen aufhören würde, eine innere Angelegenheit Kurheßens zu sein.

Dies ist der Standpunkt der Regierung, den sie unter allen Umständen festhalten wird. In den beiden eingebrachten Anträgen kann sie nur die Absicht erkennen, ihren Standpunkt in der Sache zu unterstützen, wie es hier auch ausgesprochen worden ist. Dieser Absicht scheint ihr indessen der Antrag der Herren Bürger und v. Sängers mehr zu entsprechen, als der des Abgeordneten Dr. Birchow, welcher in Form und Inhalt über den Zweck hinausgeht.

Wenn — fügt die „Stern-Ztg.“ hinzu — in der vorstehenden Erklärung von einer „Ausscheidung der bundeswidrigen Bestandtheile“ der Verfassung von 1831 gesprochen wird, so wird die Ansicht des Herrn Ministers hierbei selbstverständlich dahin interpretirt werden müssen, daß jene Ausschcheidung, übereinstimmend mit dem Artikel 56 der wiener Schlußakte, auf verfassungsmäßigem Wege zu geschehen habe, also nicht auf einseitigen Beschluß des Bundes, sondern vermittelt einer Verständigung zwischen der kurfürstlich hessischen Regierung und der auf Grund der rechtlich allein existirenden Verfassung provisorisch berufenen Landesvertretung.

Magdeburg, 5. Febr. [Eisgang.] Die „M. Z.“ meldet: Der Eisgang bei der Strombrücke ist heute Nacht um 2 1/2 Uhr von der Elbe fortgegangen und der Wasserstand hat sich den ganzen Tag über auf Nr. 24 am alten und 18 Fuß 4 Zoll am neuen Pegel gehalten. Der Eisgang nahm im Laufe des Tages bedeutend ab und es kam viel Saalwasser. Zwischen der Strom- und den Pfeilern zur neuen Brücke ist eine Schiffsmühle dadurch in Gefahr gerathen, daß sie an die Kaimauer gedrückt ist und dabei das Rad aus dem Lager des Wasserschiffes ging; bis zum Abend war das Rad noch nicht wieder gehoben und die Gefahr nicht beseitigt. Im Hafen sind einige Rähne vom Eise beschädigt, in der alten Elbe hat sich eine Prähmspritze mit mehreren Tollen losgelöst und ist fortgeschwommen. Was für Schaden durch das Austreten des Wassers geschehen ist, läßt sich noch nicht angeben; die Dämme bedürfen steter Bewachung und Nachhilfe durch die Mannschaften der betreffenden Gemeinden. Seit 1845 dürfte der diesjährige Eisgang bei dem höchsten Wasserstande stattgefunden haben, doch war er nicht so verheerend als jener, der erst am letzten März eintrat und durch viel stärkeren Kernes größere Gefahr brachte, auch bei etwa 1 Fuß höherem Wasser von flatten ging.

Mülheim a. Rh., 4. Febr. [Wasserstoth.] Der Rhein hat heute, wie der „Rdn. Z.“ geschrieben wird, eine seit dem Jahre 1845 nicht gekannte Höhe erreicht, wodurch unsere Stadt schwer betroffen wird. Der niedrig gelegene, fast nur von der ärmeren Klasse bewohnte Theil des Ortes ist überschwemmt. Wächst das Wasser diese Nacht noch um so viel, wie während des heutigen Tages, so wird morgen die Verbindung mit Köln nur noch vermittelt der Köln-Mindener Eisenbahn bewerkstelligt werden können. Die Stadtverordneten hielten gestern eine außerordentliche Sitzung, in welcher ein zur Linderung der Noth entsprechender Kredit bewilligt wurde.

Deutschland.

Kassel, 5. Febr. [Berichtigung.] Die „Kass. Z.“ enthält heute Folgendes: „Der „D. Allg. Ztg.“ und andern Blättern zufolge soll Preußen nach der letzten Auflösung der zweiten Kammer in Kurheßen der kurfürstlichen Regierung erklärt haben, daß Preußen sie für den Fall des Ausbruchs von Unruhen weder materiell noch moralisch unterstützen, und daß es eine solche Unterstützung auch von anderer Seite nicht dulden werde. Wir können indes mit Bestimmtheit diese Nachricht als eine Unwahrheit bezeichnen.“

Oesterreich.

C. Wien, 5. Febr. [Der Plener'sche Finanzplan.] Abgeordnetenhause. Finanzminister v. Plener macht dem Hause eine längere Mittheilung, deren wesentlichen Inhalt wir in folgendem wiedergeben: Das Deficit von 100 Mill. für das Verwaltungsjahr 1862 muß, wie ich am 17. Dezember erklärt habe, theilweise durch erhöhte Anforderungen an die Steuerleistung gedeckt werden. Zur Verhütung der öffentlichen Meinung fühle ich mich verpflichtet anzugeben, daß die Regierung über die Wahl der diesfalls zu beantragenden Mittel vollkommen mit sich im Reinen ist. Die Vorarbeiten für die Umlage einer neuen Steuer würden für das bereits zum vierten Theil abgelaufene Verwaltungsjahr viel zu viel Zeit erfordern. Die Regierung hat daher principiell beschloßen, für das laufende Verwaltungsjahr keine Einführung neuer Steuergattungen, sondern angemessene Erhöhungen bestehender Steuern und Abgaben zu beantragen. Aus Rücksicht auf die ärmeren Klassen wurde die Verbrauchssteuer von jeder Erhöhung ausgeschlossen, dagegen wurde das zu menschlichem Gebrauch bestimmte Speisesalz in den Kreis der Gebührenerhöhungen eingezogen, so zwar, daß der Centner mit einem Gulden und das Pfund mit einem Neukreuzer höher berechnet werden soll. Dadurch wird dem Staatsapparat eine jährliche Mehr-Einnahme von 5 Millionen verschafft, während die Person im Jahre kaum 12 Neukreuzer mehr für Salz auszugeben haben wird, ein selbst bei zahlreicheren Familien unbedeutendes Opfer. Die bedeutenden Herabsetzungen, welche die Preise für industrielle und landwirthschaftliche Salzgattungen neuerdings erfahren haben, bleiben von dieser Maßregel unberührt durch eine Erhöhung der bestehenden Stempel- und Gebührensätze und durch Einbeziehung mehrerer bisher nicht mit Abgaben belegter Urkunden in die Stempelschuld, hoffte die Regierung eine jährliche Mehr-Einnahme von 10 Millionen zu erzielen. Eine Erhöhung der Verbrauchs-Abgabe von der Rübenzucker-Erzeugung, welche eine jährliche Mehr-Einnahme von einer Million bewirken soll, erscheint um so gerechtfertigter, als damit nur ein kleiner Ertrag für den finanziellen Abgang an Zuckerrüben erzielt wird. Die Erhöhung der directen Besteuerung ist mit möglicher Rücksicht auf die Eöponung bedürftiger Steuerträger vorgenommen worden, und wird dadurch eine Mehr-Einnahme von 16 Mill. erreicht werden, so daß die aus sämtlichen Steuer- und Abgaben-Erhöbungen resultirende Jahres-Mehreinnahme auf 32 Mill. veranschlagt werden kann. Indessen ist dabei zu bemerken, daß die Erhöhung der Salzpreise und Stempelgebühren erst von dem Tage ab, wo die betreffenden Gesetze in Wirksamkeit treten, die Erhöhung der Rübenzuckersteuer aber erst mit der, in den letzten Monaten dieses Verwaltungsjahres beginnenden nächsten Campagne die erwarteten pekuniären Ergebnisse liefern kann. Den Ertrag der von der Regierung proponirten Besteuerung des Lotteriepromessengeschäfts bringe ich wegen der nicht beträchtlichen Höhe der Einnahme hier nicht in Anschlag; ebensovienig die Erhöhung des Einkommens aus dem Staatsvermögen und aus der bereits in Verhandlung genommenen Steigerung des Domänenetrages mittelst eines zweckmäßigen Verpachtungssystems — obwohl im Falle des Gelingens gerade hieraus der Finanzverwaltung bedeutende Mittel für ihre zukünftigen eigenen Bedürfnisse, so wie für eine raschere Abwicklung der Bankschuld zufließen dürften. Die auf die angeführten Steuererhöhungen bezüglichen Gesetzentwürfe hoffe ich bis zum 15. einbringen zu können. Das erste Quartal des laufenden Verwaltungsjahres hat übrigens an der, auf dasselbe entfallenden Quote des Jahresdefizits eine Ersparniß von 15 Mill. geliefert. Das Jahresdefizit ist demnach jedenfalls bereit von 110 auf 95 Mill. reduziert, deren Bedeckung theils durch die erwähnten Maßregeln, theils durch Creditmittel zu bewerkstelligen sein wird. Was die, in Bezug auf die vorzunehmenden Creditoperationen mit der Nationalbank schwebenden Verhandlungen betrifft, sprach der Finanzminister die Hoffnung aus, er werde schon binnen einigen Tagen im Stande sein, das Ergebnis der Negotiationen dem Hause

vorzulegen; ausdrücklich aber erklärte er, daß die Absichten zur Deckung des betreffenden Theiles des Deficits keineswegs bloß auf das Gelingen des Uebereinkommens mit der Bank beschränkt seien.

Wesentlich des von dem Herrenhaufe zurückgeschickten Gemeindegesezes beschließt das Haus, daß ein Ausschuß sich mit demjenigen des Herrenhauses in Verbindung setzen soll, um eine endliche Verständigung über den Art. 16 zu erzielen.

Nachdem der Präsident noch mitgetheilt, daß die Regierung den Entwurf des Einführungsgesezes zu den 4 ersten Büchern des in Nürnberg ausgearbeiteten deutschen Handelsgesezbuches der Verammlung übermitteln habe, so berichtet v. Waser über das Gesez zur Ergänzung des allgemeinen und Militär-Strafgesezes.

Frankreich.

Paris, 4. Febr. [Der kaiserliche Prinz.] Vom 16. März, dem 6. Geburtstag des kaiserlichen Prinzen, an, wird für diesen ein besonderes Haus gemacht werden.

Paris, 4. Febr. [Das constitutionnelle Leben auf Tahiti.] Dem „Constitutionnel“ sind vom 20. Okt. Nachrichten von der ozeanischen Insel Tahiti zugegangen.

Großbritannien.

London, 4. Febr. [Küstenbefestigung.] Der Nashville ausgelaufen.) Um Portsmouth für den Fall eines feindlichen Angriffs vor den Wirkungen der neuen weittragenden Geschütze zu bewahren, wird außer den alten zu der Zeit, wo sie entstanden, allerdings ganz zweckmäßigen Befestigungen noch ein zweiter und dritter Gürtel von Erdwerken um die Stadt gezogen.

Der amerikanische Dampfer „Nashville“ ist gestern Nachmittags um 5 Uhr von Southampton ausgelaufen und ist an seiner im Solent auf der Höhe von Cowes liegenden Verfolgerin „Zuscarora“ vorbeigefegelt.

Russland.

St. Petersburg, 30. Jan. [Der finnische Landtag.] Das Organ des Ministeriums des Innern, die „Nordische Post“ enthält einen beachtenswerten Artikel, von Herrn Baranowski unterzeichnet, über den Landtag in Finnland, der zum erstenmale seit 1809 demnachst wieder einberufen werden soll.

finden Erwählte, aber keine Repräsentanten der Stände. Die Fragen werden von der gesammten Commission, nicht nach den Ständen beraten und jeder Erwählte giebt seine Stimme als Ausdruck seiner individuellen Meinung, nicht seines Standes ab.

Breslau, 7. Febr. [Wasserstand.] Die Befürchtungen daß noch ein bedeutendes Anschwellen des Oberstromes bei uns eintreten werde, wenn nicht der plöglche Frost etwa günstigen Einfluß ausübt, bestätigen sich leider durch das anhaltende Steigen des Wassers in Brieg.

[Eisenbahn-Verspätung.] Mit dem heutigen Schnellzuge aus Berlin ist die rheinische Post ausgeblieben, weil der Eisenbahnzug aus Minden gestern den Anschluß an den Schnellzug von Berlin nach Breslau nicht erreicht hat.

Reiße, 5. Febr. [Eisgang.] Bei dem anhaltenden Regen ist es nicht verwunderlich, daß auch bei uns die Reiße sehr hoch steht und der Eisgang begonnen hat.

Meteorologische Beobachtungen.

Die Stärke des Windes ist durch Zahlen von 0 bis 4 bezeichnet, so daß 0 gänzliche Windstille, 4 aber Sturm bedeutet.

Table with 5 columns: Stationen, Barometer bei 0° R., Lufttemperatur, Wind, Allgemeiner Witterungs-Zustand.

Breslauer Sternwarte.

Table with 5 columns: Date, Barometer, Lufttemperatur, Wind, Witterungs-Zustand.

Ämtliche Wasser-Reporte.

Am Pegel zu Ratibor stand das Wasser der Oder den 5. Febr., Abends 6 Uhr, 12 Fuß 10 Zoll, den 6. Febr., Nachm. 4 Uhr, 15 Fuß; das Wetter ist regnerisch.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 6. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 71, 30, hob sich auf 71, 35 und schloß träge zur Notiz.

Paris, 6. Febr. Die Bank von Frankreich hat den Discout auf 4 % herabgesezt.

London, 6. Febr., Nachm. 3 Uhr. Silber 61 1/2. Wetter schön und frisch.

London, 6. Febr. Aus guter Quelle wird berichtet, daß bereits mehr als der Betrag einer von Frankreich in England kontrahirten Anleihe von 4 Millionen Pfund Sterling gezeichnet sei.

Wien, 6. Febr., Mitt. 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung. 5proz. Metall. 69, 25.

Hamburg, 6. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Bei ziemlich belebtem Geschäft schloß die Börse fest.

Hamburg, 6. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, ab auswärtig flau.

Liverpool, 6. Februar. [Baumwolle.] 7,000 Ballen Umfaß. Preise fest.

Berlin, 6. Febr. Die Haltung der Börse war im Ganzen heute eine ruhigere.

Prioritäten in großen Summen um; die Bewegung aber hatte durchweg an Heftigkeit verloren; ein großer Theil von Effekten, namentlich die meisten Eisenbahnactien, waren schwer zu lassen, die leichten Devisen darunter, die besonders, welche von der Spekulation getrieben, ungewöhnliche Coursesteigerungen erfahren haben, waren flauer als gestern.

Berliner Börse vom 6. Februar 1862.

Table with 3 columns: Name, Div. Z., Z. (Fonds- und Goldcourse, Preuss. und ausl. Bank-Actien)

Table with 3 columns: Name, Div. Z., Z. (Ausländische Fonds, Actien-Course)

Table with 3 columns: Name, Div. Z., Z. (Wechsel-Course)

Berlin, 6. Febr. Weizen loco 66-81 Thlr., gelber galizischer 72-74 Thlr. ab Bahn bez. - Roggen loco 78-79 1/2 Thlr. ab Bahn bez., 81-82 1/2 Thlr. ab Bahn bez., 82-83 1/2 Thlr. ab Bahn bez.

Stettin, 6. Febr. Weizen matt, loco pr. 85 1/2 Thlr. gelber nach Qual. 76-80 Thlr. bez., dito galizischer 73-76 Thlr. bez., weißer galiz. 78-81 1/2 Thlr. bez.

Breslau, 7. Febr. Wind: Nord; Wetter: schön, des Nachts Schneefall und Frost.

Weizen schwaches Geschäft zu unveränderten Preisen; pr. 85 1/2 Thlr. weißer 75-89 Sgr., gelber 75-88 Sgr.

Wetter: starker Schneefall. Roggen: wenig verändert. Get. - Wispel loco per d. Monat 44 1/2 Sgr., 1/2 Br., Febr.-März do.

Wien, 6. Febr. Die Haltung der Börse war im Ganzen heute eine ruhigere.

Verantwortlicher Redacteur: R. Büchner in Breslau. Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.